

**KSPD**  
**KONFERENZ DER STÄDTISCHEN**  
**POLIZEIDIREKTORINNEN UND POLIZEIDIREKTOREN**

---

**Medienmitteilung vom 23. April 2004**

„Lokale Probleme müssen lokal gelöst werden“. Dieses Votum für eine starke städtischen Polizei wird auch an der diesjährigen Generalversammlung der Fachdirektorenkonferenz der städtischen Polizeivorsteherinnen und Polizeivorsteher (KSPD) in Grenchen im Rahmen des Podiums zum Thema „Einheitspolizei“ einmal mehr bestärkt.

Bei der „Einheitspolizei“-Diskussion geht es im Wesentlichen um die Frage der Verteilung kriminalpolizeilicher Kompetenzen zwischen den Kantonen, Städten und Gemeinden: Im Zentrum steht die Frage: „Brauchen urbane Räume, um den Bedürfnissen ihrer Bewohnerinnen und Bewohner in bestmöglicher Weise zu entsprechen, eine andere Polizei als das übrige Kantonsgebiet?“

Die Antwort der städtischen PolizeidirektorInnenkonferenz lautete auch am heutigen Podium (einhellig / überwiegend) klar: „Ja“.

Entgegen dem gelegentlich von AnhängerInnen der Einheitspolizeiidee geäusserten Argument, dass es dem Bürger oder der Bürgerin gleichgültig ist bzw. sein kann, welche Polizei – die städtische oder kantonale – im Bedarfsfall erscheint, betonte die Fachdirektorenkonferenz auch heute einmal mehr die grosse Bedeutung und Wichtigkeit einer stark lokal verankerten Polizei, die die spezifischen Ängste der Bevölkerung in ihrer täglichen Arbeit mitverfolgt und versteht und erst dank dieser Vertrautheit mit den Gegebenheiten vor Ort und dem vertrauensvollen Kontakt zur lokalen Bevölkerung im urbanen Raum optimal für Sicherheit und Ordnung sorgen und oft auch noch in kritischen Situationen verbindend und beruhigend auf die Beteiligten einwirken und dadurch grössere Eskalation verhindern kann.

Weitere entscheidende Vorteile für die Sicherheitsarbeit der städtischen Polizei ergeben sich gerade auch in den Bereichen der spezifischen sogenannten urbanen Kriminalität: Betäubungsmitteldelikte, Kinder- und Jugendschutz sowie Milieudelikte. Gerade in diesen Bereichen findet aufgrund der zahlreichen thematischen Überschneidungen innerhalb der städtischen Strukturen eine enge und sensible Zusammenarbeit der verschiedenen Fachdepartemente statt, die eine überaus hilfreiche, kontinuierliche Vernetzung von Fachleuten aus dem Sicherheits-, Sozial- und Schulbereich ermöglicht.

Während der Kanton Bern zur Zeit einen gegenteiligen Weg einschlägt, scheint sich im Kanton Zürich die von der Fachdirektorenkonferenz bereits seit langem nachhaltig propagierte Stossrichtung der Stärkung von Stadt- und Gemeindepolizeien mit dem von der Kantonsrätlichen Kommission (KJS) überarbeiteten Entwurf des neuen Polizeiorganisationsgesetzes (POG) nun durchzusetzen: Dieser kürzlich vorgelegte und von den Fraktionen grossmehrheitlich unterstützte Entwurf gewährt insbesondere den grösseren Städten, Zürich und Winterthur, welche in verschiedener Hinsicht als Seismographen für künftige Entwicklungen auch in den kleineren Städten zu gelten haben, in Sicherheitsbelangen und insbesondere bei der urbanen Kriminalität vermehrt Autonomie.

**KSPD**  
**KONFERENZ DER STÄDTISCHEN**  
**POLIZEIDIREKTORINNEN UND POLIZEIDIREKTOREN**

---

Mit ihrem klaren Eintreten für starke Stadtpolizeien befindet sich die KSPD schliesslich auch im Einklang mit der internationalen Entwicklung, die dem Gedanke des sogenannten Local oder Community Policing, einer bürgernahen Polizei, die ihre tägliche Arbeit in engem Kontakt mit den EinwohnerInnen und Einwohnern erfüllen will, einen immer grösseren Stellenwert einräumt.

Die KSPD tritt vehement für eine Verbesserung der objektiven und der subjektiven Sicherheit ein und hält eine starke Stellung der Polizeikräfte vor Ort – das sind die Gemeinde- und Stadtpolizeien – für unabdingbar.

Weitere Auskünfte erteilt:

Christina Fehr, Sekretärin der Konferenz städtischer Polizeidirektorinnen und Polizeidirektoren,  
Natel: 076 / 375 36 34

CF/23045.00010